

Dr. Martin Bundi
Präsident der Kommission für auswärtige
Angelegenheiten des Nationalrates

BERICHT UEBER DREI KURZBESUCHE IN BUKAREST, BELGRAD UND BUDAPEST

Sonntag, 22. Juli, in Bukarest

H. Botschaftssekretär Jacques Lauer hatte für die z.V. stehende Zeit von 08.00 bis 14.00 Uhr ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt und mit viel Geschick und Engagement die Verbindungen hergestellt. Herr Botschafter S. Meili, der erst seit wenigen Tagen in B. weilte, wohnte den Treffen ebenfalls bei.

- Begegnung mit einer Delegation der rumänischen "Liga für die Menschenrechte" unter Führung des Präsidenten Stefanescu-Draganesti und der Sekretärin Frau Dr. Rodica Mihaela Stanoin. Die Organisation, welche aus privater Initiative und mit freiwilligen Spenden arbeitet, erfüllt unter schwierigen Bedingungen heute eine wichtige Aufgabe. Sie begrüsst die neuesten KSZE-Beschlüsse, regt aber an, dass an KSZE-Konferenzen auch nichtgouvernementale Organisationen vertreten sein sollten, damit diese - wie im Falle von Rumänien - neben den offiziellen Kontrapunkte setzen könnten.

- Treffen mit H. Sergiu Cunesco, Präs. der Soz.dem. Partei Rumänien (diese Partei erhielt nur 1% der Stimmen und 2 Parl.mandate) und Parlamentarier; er ist einer der wenigen aus der Zeit 1945-47, als Soz.dem., Liberale und Bauern das Land regierten. Seine Einschätzung der Wahlen: Der Regierungsblock der nationalen Rettung hatte alles in der Hand, z.B. Television voll vereinnahmt; Oppositionsparteien hatten sehr ungleiche Chancen. Von der Iliescu-Gruppe sagte er: "Ils ont cultivé la peur...". Die Wahlen seien nicht demokratisch gewesen. Doch auch bei völlig demokratischen Wahlen hätte nationaler Block knapp Mehrheit errungen. Eine Hoffnung auf Demokratisierung besteht. H. Cunesco ist Vizepräsident der PUK, welche die Hintergründe der Unruhen und Uebergriffe im Mai untersucht.

- Gespräch mit Vertretern der National Demokratischen Partei. Diese situiert sich knapp links von der Mitte, hat zwei Parl.sitze, rekrutiert sich eher aus jungen dynamischen Leuten, auch Frauen, die sich Technokraten nennen. Hauptziel: eine moderne Wirtschaft aufbauen. Für ein Institut für Soziologie und Politologie würden sie gerne auf schweiz. Know How zurückgreifen.

- 2 -

- Mittagessen in der Residenz von H. Lauer in Anwesenheit von H. Senator Manescu, Präsident der parl. aussenpolit. Kommission, und von H. Senator und Schriftsteller Vulpescu, beide vom nat. Block der Rettung, von H. Mesgaroz von der Nat. Dem. Partei, sowie von H. Gorizia, Direktor beim Ausseministerium. - Angeregtes Gespräch. Die beiden Vertreter der Mehrheitspartei machen geltend, dass in ihrer Partei eine sehr grosse Meinungsvielfalt vorherrsche; die Weiterentwicklung der Demokratie sei ihnen wichtiges Anliegen. Es sei eine Frage der Zeit. - Rumänen zeigen Enttäuschung, dass ihr Land im Rahmen des Beschlusses der Gruppe 24 von der Osteuropahilfe ausgeschlossen sein sollte. Insbesondere Beratung von Seiten der Schweiz punkto Demokratieerfahrung, Föderalismus, Parlamentsbetrieb und Aufbau von Gemeindeverwaltungen wäre sehr erwünscht; auch kulturelle Kontakte.

Dienstag, 24. Juli, in Belgrad

H. Botschafter Indermühle, der mich begleitete, hatte für die Zeit von 09.00 bis 12.00 Uhr ein sehr ansprechendes Programm zusammengestellt.

- Gespräch mit H. Simovic, Präsident der aussenpolit. Kommission der jugoslaw. Bundesversammlung. Dieses fiel aus Zeitgründen sehr knapp aus. H. Simovic begrüßte den Ausbau der gegenseitigen bilateralen Beziehungen und insbesondere eine engere Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der beiden Staaten.

- Ein längeres Treffen fand statt mit H. Rezepagic, Botschafter und Delegierter bei der Bundesversammlung. Herr R. erläuterte histor. Aspekte des jugoslaw. Staates seit 1918 und erklärte, das staatl. Zusammenleben in J. beruhe auf drei Grundprinzipien: Rotation (bei allen polit. Aemtern), Konsens (z.B. bei Budget oder Wirtschaftsabkommen) und Gleichheit (jede Republik habe gleiche polit. und jurist. Einrichtungen). Solche Prinzipien sind nicht widerspruchsfrei im Hinblick auf heutige Prozesse zwischen Gesamtstaat und Teilrepubliken. Einseitige Souveränitätserklärungen enthielten gefährlichen Kern. Völker- oder Nationenfragen dürften nicht zu Fragen der Grenzen gemacht werden, da sonst gesamteurop. Sicherheitssystem mitbeeinträchtigt werden könnte. - J. würde sich wünschen, dass bis Ende 1990 Schweiz bereit wäre mind. für ein informelles Treffen von jugosl. Parlamentariern.

- Gespräch mit H. Dragan, Staatssekretär für Westeuropa. - Bilaterale Beziehungen zur Schweiz sehr geschätzt, auch EFTA-Fonds für J. Angesichts der 150'000 jugoslaw. Gastarbeiter in der CH wäre ein allg. Arbeitsabkommen erwünscht. J. strebt diverse Zielrichtungen der Zusammenarbeit mit Europa an: über EFTA, OECD, Europarat und EG. Momentan sind für J. die politischen internen Schwierigkeiten grösser als die wirtschaftlichen. Hilfe von Seiten der Schweiz würde man gerne als Beratung in Fragen des föderalistischen Staatsaufbaues und der Minderheitenprobleme annehmen.

- 3 -

Mittwoch, 25. Juli, in Budapest (+ Do. 26. Juli)

H. Botschaftsrat C. Barbey - die Botschaft war im Moment ohne Botschafter - hatte sich sehr Mühe gegeben, schon am Vorabend ein informelles Treffen und am folgenden Tag ein offiz. Programm zusammenzustellen und zu organisieren. Am Abend ergab sich u.a. die Gelegenheit, H. Prof. Laszlo Odor, designierter Botschafter Ungarns für die CH, sowie Frau Bertschi-Gloor, Vizekonsul und Kanzleichefin der CH-er Botschaft, kennenzulernen.

- Do. Treffen mit H. Jenö Gerbovits, Minister ohne Portefeuille und Beauftragter der Regierung für landw. Reformen, im Landw.ministerium. Ungarn ist sehr dankbar für die CHER Osteuropahilfe. H. Gerbowits ist insbesondere an Hilfe an die neu zu strukturierende ungar. Landwirtschaft interessiert. Er wird der CH-er Botschaft eine Liste von Bedürfnissen übermitteln. Spezielles Anliegen ist ihm der Aufbau eines eigenständigen Kleinbankenwesens auf genossenschaftl. Grundlage für private Bauern und Gewerbe und Handwerker. Nicht Gross- oder Kommerzialbanken, sondern Institute, die Geld lokal annehmen und wieder lokal investieren. Ein Raiffaisensystem wie in CH oder Oesterreich käme in Frage. Er bittet um Angabe von Namen von vier CHER Experten, die er namens der Regierung zur Besprechung und Beratung über dieses Projekt nach Ungarn einladen möchte. - Der Unterzeichnete hat versprochen, diesem letzten Punkt nachzugehen und die Entsendung einer entsprechenden CHER Delegation anzuregen und zu vermitteln.

- Gespräch mit H. György Csoti, Parlamentsabgeordneter, Mitglied des Magyar. Dem. Forums. Sehr anregend. Man erhofft sich Klärung und Bestätigung der polit. Situation (d.h. des Ergebnisses der Parlamentswahlen) durch Lokal- und Regionalwahlen vom 30. Sept. 1990. Dann kann der Aufbau von unten besser vorangetrieben werden. Herr Csoti wünscht sich vor allem Beratung im Bankmanagement, aber auch betreffend föderalist. Staatsaufbau, kommunale Verwaltung oder Parlamentsarbeit. Ein CH-er Beitrag wäre sehr willkommen.

Chur, 20. August 1990

M. Bundi, Nationalrat

PS. Die Botschaft in Bukarest ist eindeutig unterdotiert und mangelhaft ausgestattet; ein zweiter Sekretär und ein teilzeitl. angestellter Chauffeur drängen sich auf, damit Botschafter und Sekretär nicht unnötig Zeit verschwenden mit berufsfremden Aufgaben.

Den Angehörigen der drei Botschaften und dem Generalsekretariat des EDA sowie den Parlamentsdiensten möchte der Unterzeichnete für die Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung des Programms bestens danken.



Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento

3003 Bern, 1e 29 août 1990
3003 Berne,
3003 Berna,

Monsieur
Rudolf Schaller
Secrétaire général du DFAE
Palais fédéral Ouest

3003 Berne

Monsieur le Secrétaire général,

Vous trouverez, en annexe, un rapport de M. Martin Bundi, président de la Commission des affaires étrangères du Conseil national. Il a établi ce rapport à la suite d'un voyage à Bucarest, Belgrade et Budapest.

Je vous saurais gré de bien vouloir transmettre ce rapport aux personnes intéressées, en particulier à M. le Conseiller fédéral Felber et à M. l'Ambassadeur Jenö Stähelin.

Veuillez agréer, Monsieur le Secrétaire général, l'assurance de ma considération distinguée.

Le secrétaire de la Commission

Louis Magnin

Annexe mentionnée: 3 exemplaires

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Secrétariat général

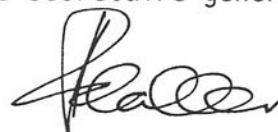
~~FK - KPL - IND~~

Berne, le 12 septembre 1990

Monsieur le Conseiller
fédéral René FelberMonsieur l'Ambassadeur
Jenö StaehelinVoyage du Président de la Commission des affaires étrangères
du Conseil national en Roumanie, Yougoslavie et Hongrie

M. Martin Bundi, alliant les plaisirs d'une croisière sur le Danube à ses intérêts professionnels, a effectué un voyage dans les trois pays précités. Les trois Ambassades concernées ont organisé pour lui des programmes lui permettant de rencontrer diverses personnalités du Gouvernement, du Parlement ou d'autres milieux de ces Etats. Qu'il soit permis aussi ici de les remercier de la part du Secrétaire général pour tout ce qu'elles ont fait pour accueillir M. Bundi et pour lui permettre d'avoir les entretiens les plus intéressants en même temps que vous recevez un rapport de M. Bundi sur ce voyage.

Le Secrétaire général



R. Schaller

Annexe : mentionnéeCopies : Ambassades de Suisse

- Bucarest
- Belgrade
- Budapest

Monsieur Magnin (Services du Parlement)